

Saarland – Erfolgreich in Deutschland
Mit der Saarlandpartei CDU in eine gute Zukunft

Beschlossen vom 55. Landesparteitag der CDU Saar
am 18. März 2006 in Schiffweiler

Wir sind stolz auf das Aufsteigerland Saarland – Diesen Weg setzen wir fort!

1. Unser Anspruch als CDU Saar

- Das Saarland hat im Leistungsvergleich mit anderen Bundesländern in den letzten Jahren eine beachtliche Aufwärtsentwicklung genommen. Wir sind gut vorangekommen – trotz bundesweit schwacher Binnenkonjunktur und einer unverschuldeten Haushaltsnotlage. In der Arbeitslosenquote sind wir von Platz 9 auf Platz 5 und im Standortranking von Platz 10 auf Platz 6 aller Bundesländer aufgestiegen. Das Bruttoinlandsprodukt ist seit 1999 preisbereinigt um 10,8% gestiegen – Platz 2 unter allen Bundesländern für das Saarland. Auch die Beschäftigungsentwicklung ist überdurchschnittlich. In den letzten Jahren sind mehr als 40.000 Arbeitsplätze im Saarland neu entstanden. Beim Ausbildungsplatzangebot und beim Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit liegen wir bundesweit in der Spitzengruppe. Auch wenn noch nicht alle Probleme gelöst sind, kann mit Fug und Recht behauptet werden: das Saarland ist zum Aufsteigerland geworden und wird außerhalb der Landesgrenzen immer stärker positiv wahrgenommen.
- Im vergangenen Jahr war das Saarland im Wirtschaftswachstum mit weitem Abstand Spitzenreiter in der Bundesrepublik Deutschland. Einem durchschnittlichen Wachstum in Deutschland von 0,9% stand eine Wachstumsquote im Saarland von 2,7% gegenüber. Das heißt: Die saarländische Wirtschaft ist 2005 dreimal schneller gewachsen als der Bundesdurchschnitt. Und dies obwohl wir im Jahr 2004 bereits ein deutlich überproportionales Wachstum aufweisen konnten.
- Der wirtschaftliche Strukturwandel in unserem Land ist in vollem Gange. In den letzten Jahren ist eine mittelständisch geprägte, ausgewogene Branchenstruktur aus Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen sowie aus Forschung und Entwicklung entstanden. Heute arbeiten rd. 73% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Saarland in kleinen und mittleren Unternehmen; rd. 2/3 aller Arbeitsplätze sind im Bereich von Dienstleistungen angesiedelt. Unser Land hat bereits das größte Stück im Prozess dieser wirtschaftsstrukturellen Modernisierung erfolgreich hinter sich gebracht, weil wir erkannt haben, dass die Notwendigkeit zur Veränderung zwangsläufig die Bereitschaft zum Wandel mit sich bringt. Diesen Weg des Wandels werden wir weitergehen – mit dem Mut zu weiteren politischen Reformen und zu innovativen Projekten, aber auch mit der Bereitschaft, bestehende Besitzstände und überholte Strukturen in Frage zu stellen. Nur so wird es uns gelingen, aus der anhaltenden Wachstums- und Wirtschaftsdynamik in unserem Land weitere beschäftigungspolitische Erfolge zu erzielen.
- Natürlich steht auch das Saarland vor Aufgaben und Herausforderungen, denen niemand in der Bundesrepublik Deutschland sich entziehen kann: Die Globalisierung geht auch an der saarländischen Wirtschaft nicht vorbei. Sie wirkt sich insbesondere im Bereich geringqualifizierter Tätigkeit aus. Wachstum führt nicht mehr zwingend zu einem Mehr an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Hinzu kommt die demographische Entwicklung und die Krise der öffentlichen Finanzen. Der Bevölkerungsrückgang und die rasante Alterung unserer Gesellschaft begründen die Notwendigkeit umfassender Anpassungen unserer wirtschaftlichen, sozialen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen. Die Erosion der Einnahmehasis der öffentlichen Hand hat dazu geführt, dass trotz strikter Ausgabendisziplin die Haushaltsnotlage des Saarlandes fortbesteht. Ihre

Überwindung setzt einen Dreiklang aus Fortsetzung der restriktiven Haushaltspolitik im konsumtiven Bereich, solidarischer Unterstützung durch die bündische Gemeinschaft und einer Verbesserung der Einnahmehasis durch wirtschaftliches Wachstum voraus. Globalisierung, Demographie, Finanzkrise – drei Herausforderungen, die unser Land bestehen muss, aber auch bestehen kann. Die saarländische CDU stellt sich diesen Herausforderungen, während andere nur lamentieren. Wir haben bewiesen, dass wir das Land in schwieriger Zeit voranbringen können. Darauf wollen wir aufbauen und dem Land eine gute Zukunft erschließen. „Dabei verstehen wir die Balance zwischen Flexibilität und Stabilität als neue Aufgabe für die wirtschaftliche und soziale Ordnung des 21. Jahrhunderts. Unverändert ist die Akzeptanz des christlichen Menschenbildes die Grundlage für unser Zusammenleben.“

2. Unsere Leitmotive bei der Modernisierung der Saarwirtschaft

Wir als CDU Saar sorgen dafür, dass Investoren von der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Saarland überzeugt werden können, dass Ansiedlungen und Betriebserweiterungen erleichtert, dass dadurch neue Arbeitsplätze geschaffen und bestehende gesichert werden. Wir werden dazu den administrativen Rahmen, aber auch die Investitionsbedingungen für die im Saarland ansässigen Unternehmen und für solche, die sich hier ansiedeln wollen, Schritt für Schritt verbessern. Dabei werden wir uns an folgenden Leitlinien ausrichten:

- Wir wollen aus dem starken wirtschaftlichen Wachstum in unserem Land zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen lassen; dafür brauchen wir vor allem Existenzgründungen, Ansiedlungen und Investitionen. Nur so entstehen neue Beschäftigungsverhältnisse, nur so können Wohlstand und Lebensqualität im Saarland gesichert werden. Wir setzen dabei voll auf Wirtschaftsfreundlichkeit und Kundenorientierung gegenüber den im Land ansässigen ebenso wie gegenüber ansiedlungswilligen Unternehmen. Eine erfolgreiche Landesregierung muss sich als Partner der Wirtschaft verstehen; denn sozial ist, was Arbeit schafft.
- Berufliche Perspektiven, vor allem für junge Menschen, entscheiden letztlich über die Attraktivität unseres Landes und gewährleisten, dass das Saarland – auch in Zeiten einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung – zu den Gewinnern im Wettbewerb der Arbeitsmärkte und Wirtschaftsstandorte gehört. Im Saarland gilt es deshalb, den eingeschlagenen Weg des Sanierens und Gestaltens fortzusetzen: Investitionen in die Standortqualität, in die Infrastruktur und in Innovation – all das hat nach wie vor Priorität. Die Beschleunigung des wirtschaftlichen Strukturwandels erfordert den Mut zu schwierigen Entscheidungen und zur Festlegung auf klare standortpolitische Prioritäten.
- Im Saarland wie in ganz Deutschland sind die kleinen und mittleren Unternehmen ein wesentlicher Motor der Wirtschaft. Unternehmer genießen bei uns aber immer noch nicht das Ansehen, das eigentlich ihrer wichtigen Rolle in unserer Gesellschaft entspricht. Unser Ziel ist es, im Saarland das bundesweit beste Gründungsklima zu schaffen und in den nächsten Jahren die Zahl – vor allem junger Menschen – signifikant zu steigern, die den Schritt in die Existenz als selbstständiger Unternehmer wagen.

3. Unser Handlungsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung

Das Saarland ist ein attraktiver Ansiedlungsstandort in verkehrstechnisch günstiger Lage zu den wichtigen europäischen Märkten. Die zukünftige Entwicklung unseres Landes steht und fällt jedoch mit der Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von sicheren Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Wir werden deshalb die in den vergangenen Jahren

erfolgreiche Politik der Wirtschaftsfreundlichkeit – getragen von Mittelstands- und Technologieförderung, einem investitionsfreudigen Gründungsklima und einer modernen Innovationsstrategie – konsequent fortsetzen und ausbauen. Unser Maßnahmenprogramm im Einzelnen:

- **Vorrang für den Mittelstand in Industrie, Handwerk und Dienstleistung**
Bei unserer Wirtschaftspolitik orientieren wir uns konsequent am Vorrang für den Mittelstand. Die Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten durch das Land, die Neuausrichtung der Gründungs- und Wachstumsfinanzierung durch die SIKB als Landesförderbank kombiniert mit gemeinsamen Projekten der privaten Kreditwirtschaft im Land tragen sichtbare Früchte bei der Finanzierung der kleinen und mittleren Unternehmen. Mit unseren Aktivitäten auf Bundesebene, z.B. zur Verbesserung der Eigenkapitalbildung oder zur Überprüfung der neuen Handwerksordnung, setzen wir den eingeschlagenen Weg zu Gunsten des Mittelstandes konsequent fort. Partnerschaftliche Wirtschaftsförderung, Unterstützung der Unternehmen bei der Verbreiterung ihrer Eigenkapitalbasis sowie eine bessere Förderpraxis für Existenzgründer sind die Kernelemente unserer Mittelstandspolitik, die wir weiter ausbauen und intensivieren müssen.
- **Verbesserung rechtlicher Rahmenbedingungen für den Mittelstand**
Die CDU Saar wird sich für eine grundlegende Steuerreform mit niedrigen, international konkurrenzfähigen Steuersätzen bei verbreiteter Bemessungsgrundlage einsetzen und die Entbürokratisierungsoffensive fortsetzen. Darüber hinaus gilt der Grundsatz: Privat geht vor Staat; das heißt: unternehmerische Initiativen des Staates sind auf das unerlässliche Mindestmaß zu beschränken. Wir setzen uns aber auch für eine gesetzliche Regelung der Mitarbeiterbeteiligung sowie für gezielte Unterstützungsmaßnahmen bei Betriebsübernahmen und für eine Reform der Erbschaftssteuer ein. Betriebsvermögen dürfen nicht durch überhöhte Steuerforderungen zerschlagen werden. „Insofern unterstützt die CDU Saar die Absicht der Bundesregierung, die Erbschaftssteuer für Betriebsvermögen bei Fortführung des Unternehmens stufenweise zu reduzieren und nach 10 Jahren zu erlassen. Die Regelung der (Alters-)Nachfolge in der Führung von kleinen und mittelständischen Betrieben hat sich vorrangig am Fortführungsinteresse und nicht am fiskalischen Interesse einmaliger Einnahmeerzielung zu orientieren.
- **Prima Gründungsklima im Saarland**
Für eine gute wirtschaftliche Zukunft braucht das Saarland kompetente und motivierte Unternehmensgründer, die ihre persönliche Zukunft durch eine selbstständige Tätigkeit sichern und dabei weitere Arbeitsplätze schaffen wollen. Wir als CDU Saar werden sie dabei unterstützen. Wir wollen zu einem Land mit beispielhaftem Gründergeist werden. Mit den Beratungs-, Bildungs- und Unterstützungsleistungen des Netzwerks der Saarland-Offensive für Gründer (SOG) und seinen öffentlichen und privaten Partnern bieten wir im Saarland ein hervorragendes, dezentral organisiertes Komplett-Angebot zur Unternehmensgründung. Die CDU Saar setzt sich für die Weiterführung dieser positiven Entwicklung ein. Nur so wird es gelingen, die Selbstständigenlücke im Vergleich zum Bundesdurchschnitt weiter schrittweise zu schließen. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass Existenzgründer im Falle eines Misserfolges beim Start in die Selbstständigkeit eine zweite Chance erhalten; bei einer Belastung durch bestehende Verbindlichkeiten werden wir ein spezielles Förderinstrumentarium entwickeln, damit der Weg für einen unternehmerischer Neustart freigemacht werden kann. Wir als CDU Saar werden dafür sorgen, dass für ansiedlungswillige Unternehmen der Grundsatz gilt, dass von der Ansiedlungsentscheidung bis zum Einzug in die Produktionshalle bei uns im Saarland regelmäßig nicht mehr als ein Jahr vergeht.

- Ein starkes Image für den Wirtschaftsstandort Saarland
Die Globalisierung nutzen heißt, auf den Weltmärkten vertreten zu sein. Technologie und Wissen aus unserem Saarland wird heute schon weltweit nachgefragt. Die CDU Saar wird das professionelle Standortmarketing fortsetzen und unsere Unternehmen und Forschungsorganisationen mit internationalen Markterkundungsreisen, Delegationsbesuchen und Gemeinschaftspräsentationen auf Messen unterstützen. Wir müssen im Interesse der Saarwirtschaft die Chancen der Globalisierung nutzen; dazu gehört, an Hand detaillierter Suchprofile saarländischer Firmen neue Firmenkontakte und Geschäftsaktivitäten mit anderen Wirtschaftsregionen anzubahnen und auszubauen. Jede Gelegenheit, die wirtschaftsnahe Forschung bzw. den Forschungs- und Wissenschaftsstandort Saarland und seine hervorragende Infrastruktur professionell zu präsentieren, muss im Rahmen unseres Standortmarketings genutzt werden.
- Saarland als Industriestandort weiterentwickeln
Das Saarland ist Industrieland. Die leistungsfähige Automobilindustrie stellt mit großen, mittleren und kleinen Zulieferern direkt und indirekt 42.000 Arbeitsplätze bereit. Die Stahlindustrie hat sich nach den langen Jahren der Krise neu positioniert und sich mit modernen Produkten und Verfahren auf den nationalen und internationalen Märkten gut aufgestellt. Sie bietet mit der stahlnahen Weiterverarbeitung rund 15.000 Menschen Arbeit. Diese Unternehmen haben mit ihren privatwirtschaftlichen Investitionen dazu beigetragen, dass die Investitionsquote im Saarland in den letzten Jahren deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt. Sie sind in hohem Maße Auftragsgeber saarländischer Unternehmen in Gewerbe, Handwerk und Dienstleistung. Diesen industriellen Kernbestand wollen wir auch künftig konstruktiv und fördernd begleiten. Die CDU Saar spricht sich deshalb dafür aus, die nationalen Standards im Hinblick auf Energie- und Umweltkosten nicht schärfer zu definieren, als von der EU vorgegeben, damit unsere Stahlunternehmen auch in Zukunft im Wettbewerb bestehen können. „Für eventuelle Neuansiedlungen sind größere Flächen erforderlich, als z. Z. ausgewiesen. Hier sind weitere Initiativen erwünscht. Dies fordert auch die Zusammenarbeit zwischen benachbarten Städten und Gemeinden verstärkt heraus.“
- Zukunft des Saarbergbaus
Obwohl derzeit die Rohstoffe weltweit knapp und teuer sind und die Energiepreise in Deutschland rapide steigen, geht der Steinkohlenbergbau im Saarland weiter zurück. Internationale Wettbewerbsfähigkeit ist nicht erreichbar. Die CDU Saar spricht sich daher für ein sozialverträgliches Auslaufen des Saarbergbaus aus. Sozialverträglichkeit heißt für uns Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen, aber auch Rücksichtnahme und Hilfe für die Menschen, die durch die bergbaubedingten Schädigungen über Tage in besonderer Weise belastet sind. So gesehen halten wir an der Position eines fairen Interessenausgleichs zwischen den im Bergbau Beschäftigten und den Betroffenen fest. Ein derart gestaltetes Auslaufen gibt zudem hinreichenden Raum für Anpassungsmaßnahmen bei Zulieferern und der Kraftwirtschaft. Die CDU Saar fordert darüber hinaus, dass frei werdende Kohlesubventionen zur Finanzierung neuer zukunftsweisender wirtschaftlicher und arbeitsmarktpolitischer Aktivitäten in den bisherigen Kohlerevieren zur Verfügung gestellt und eingesetzt werden. Dadurch sind die durch Auslaufen bedingten Arbeitsplatzverluste auch für den saarländischen Arbeitsmarkt sozialverträglich zu gestalten.“ Bei der anstehenden neuen Kohlerunde wird sich die CDU Saar für ein regionales AuslaufszENARIO einsetzen. Sie weiß sich bei der Forderung nach einem Auslaufbergbau der Unterstützung von CDU und CSU sicher. Sie ist sich aber auch bewusst, dass die Sozialdemokraten als Koalitionspartner auf Bundesebene ein Auslaufen der Steinkohlesubventionen ablehnen. Angesichts der spezifischen, durch schwere Erderschütterungen geprägten Situation des Saarbergbaus schließt dies die Möglichkeit eines saarspezifischen regionalen Auslaufszenarios nicht aus. Mit

Blick auf die Situation der Bergbaubetroffenen und der von diesen zu ertragenden schweren Belastungen wird sich die CDU Saar für die Festlegung eines Endzeitpunktes einsetzen. Für den verbleibenden Abbauperioden fordert die CDU Saar die DSK auf,

- die Risikoaufklärung zu verbessern,
- effektive Maßnahmen zur Vermeidung oder zumindest Minimierung bergbaubedingter Erderschütterungen zu ergreifen,
- entstandene Schäden zügig und unbürokratisch zu regulieren.

"Die CDU Saar spricht sich darüber hinaus für eine Änderung des Bundesberggesetzes aus, um die Rechte der vom Bergbau Betroffenen zu stärken. Dazu gehören insbesondere neue Regelungen zur Beweislast, zur Regulierung von Erschütterungsschäden, sowie zur Neutralisierung der Schadensbegutachtung."

- Für eine zeitgemäße Energiepolitik
Das Saarland ist ein klassisches Energieerzeugungsland und soll es auch in Zukunft bleiben unabhängig von der Frage, ob und in welchem Umfang Steinkohle in Deutschland oder an der Saar gefördert werden. Energieerzeugung und wettbewerbsfähige Energiepreise gehören zu den Grundvoraussetzungen für die Fortentwicklung unserer heimischen Industrie. Unsere ausbaufähigen Kraftwerksstandorte sind hervorragend in das deutsche und europäische Verbundnetz eingebunden. Die CDU Saar setzt sich dafür ein, dass in Deutschland endlich ein energiewirtschaftliches Gesamtkonzept erstellt wird, das eine Vorsorgestrategie im Hinblick auf weltweit knapper werdende fossile Ressourcen beinhaltet und einen ausgewogenen Energiemix zugrunde legt. Wir fordern, dass die Wettbewerbsregeln nach dem neuen Energiewirtschaftsrecht zügig umgesetzt werden und die Belastungen der Unternehmen und privaten Verbraucher nicht über die Wettbewerbspreise im europäischen Rahmen hinausgehen. Wir werden uns darüber hinaus dafür einsetzen, dass die Energiewirtschaft den saarländischen Kraftwerkspark weiter modernisiert und rechtzeitig Entscheidungen zum Ersatz aus dem Markt ausscheidender Kraftwerke trifft und realisiert. Die CDU Saar wird die Möglichkeiten zur Energieeinsparung und zur Nutzung erneuerbarer Energien sowohl im privaten Sektor als auch in öffentlichen Bereichen weiter fördern.
- Innovationsstrategie
Die CDU Saar verfolgt mit der „Innovationsstrategie für das Saarland“ ein zentrales Ziel: das Saarland Schritt für Schritt zu einem Zentrum für forschungs- und wissensintensive Branchen auszubauen. Denn Unternehmen, die auf Innovationen setzen, weisen weit überproportionale Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven auf. Mit seiner Innovationsstrategie zeigt das Saarland, wie wissenschaftliche Kompetenz mit wirtschaftlichem Handeln erfolgreich verbunden wird. Damit die mittelständischen Unternehmen zusätzliche Impulse aus dem Hochschul- und Forschungsumfeld besser aufgreifen können, wurden konsequent Innovationscluster entwickelt, die die Stärken des Saarlandes aufgreifen und den Mittelstand sowie junge Unternehmen bei der Findung und Umsetzung von Innovationen gezielt unterstützen. Die CDU Saar wird diese Innovationscluster gezielt ausbauen und stetig an die Bedürfnisse des Marktes und des saarländischen Mittelstandes anpassen. Dabei werden bestehende administrative Hemmnisse für erfolgreichen Technologietransfer weiter abgebaut. Die Innovationsstrategie verstärkt weiterhin die Umsetzung von guten Ideen in Produkte und Dienstleistungen, damit aus den hohen öffentlichen Investitionen in Forschung und Hochschulen mehr wirtschaftliche Wertschöpfung entsteht. Bei dieser Innovationspolitik orientieren wir uns an der sog. Lissabon-Strategie der EU, wonach die Finanzierung von Forschung und Entwicklung gemeinsam durch Staat und Unternehmen schrittweise bis zum Jahr

2010 auf 3% des BIP anzuheben ist. Dafür brauchen wir kooperative Ansätze, um private mit öffentlichen Investitionen in Hochschulen, Forschung und Entwicklung eng zu verbinden.

- **Sozial ist, was Arbeit schafft!**
Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist völlig überreguliert. Deshalb müssen die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, um im Rahmen betrieblicher Bündnisse für Arbeit auch von tarifvertraglichen Festlegungen abweichen zu können. Regelungen des Kündigungsschutzes oder der Mitbestimmung dürfen nicht zum Beschäftigungshindernis werden. Insoweit müssen Veränderungen möglich sein. Eine Debatte um die generelle Abschaffung des Kündigungsschutzes oder der Mitbestimmung ist demgegenüber weder sinnvoll noch in der Sache gerechtfertigt. Gleichzeitig gilt es, die Erfahrung und die Einsatzbereitschaft älterer Arbeitnehmer zu sichern und zu nutzen. Es geht um nichts Geringeres als um die Würde dieser Menschen als vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft und ihr Bedürfnis, weiterhin auf dem Arbeitsmarkt gebraucht zu werden. Die CDU Saar wird deshalb dazu beitragen, dazu beitragen, die Erfahrungen dieser Arbeitnehmer zu bewahren und interessante Beschäftigungs- und Einsatzmöglichkeiten zu schaffen.
- **Wohlstand für alle**
Für die CDU Saar hat die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen höchste Priorität. Nur so lässt sich Armut auf Dauer bekämpfen sowie Stabilität und Sicherheit für die Menschen gestalten.
Dazu muss der durch die Bundesregierung begonnene Weg zur Stärkung der Wachstumskräfte weiter konsequent fortgeführt werden - durch eine Vereinfachung des Arbeits- und Steuerrechts, durch eine Senkung der Lohnzusatzkosten, aber auch durch eine unideologische Forschungspolitik und durch eine offene Einstellung zu neuen Technologien und durch eine wachstumsfreundliche Energiepolitik.
Es ist und bleibt die Aufgabe der Tarifpartner in christlicher Verantwortung über die Arbeitsgestaltung mitzubestimmen und so der Würde der Menschen zu entsprechen. Hierfür gibt es gerade im Saarland in mittelständischen Betrieben und in Großunternehmen positive Beispiele, die sowohl den Arbeits- und Gesundheitsschutz auf hohem Niveau gewährleisten als auch Menschen mit Behinderungen die Teilhabe am Erwerbsleben ermöglichen. Zu berücksichtigen ist auch, dass moderne Arbeitszeitgestaltung und präventiver Arbeitsschutz immer mehr an Bedeutung gewinnen, um längere Lebensarbeitszeiten sinnvoll zu gestalten.
In naher Zukunft wird es auch darauf ankommen, dass die Betriebe und Unternehmen bei ihren Personal- und Weiterbildungsplanungen über 45-jährige und Geringqualifizierte einbeziehen. Grundsätzlich gilt es, die Erfahrung und Einsatzbereitschaft älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu nutzen.
Die CDU Saar wird deshalb dazu beitragen, dass die Bundesregierung die angekündigten Programme für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer so ausgestaltet, dass die Erfahrungen dieser genutzt und lebenslanges Lernen sinnvoll im Interesse der Beschäftigten und Arbeitgeber durchgeführt wird. Zusätzlich sollen im ehrenamtlichen Bereich die Möglichkeiten des generationenübergreifenden Arbeitens ausgebaut werden. Hier sollen unter anderem auch die von der Landesregierung geförderten Strukturen der Ehrenamts- und Wissensbörsen genutzt werden.
- **100%-Ausbildungsgarantie**
Bereits in wenigen Jahren werden weniger junge Menschen am saarländischen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen als unsere Unternehmen einstellen möchten und können. Denn einmal zeichnet sich ab, dass die Anzahl der Schulabsolventen abnehmen wird, gleichzeitig werden mehr ältere Arbeitnehmer aus dem Berufsleben ausscheiden. Auf diese Auswirkungen der demographischen Entwicklung müssen

wir uns jetzt vorbereiten. Denn ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte zu haben ist eine notwendige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wettbewerb des Landes. Die CDU Saar will nicht nur das Land, sondern auch die Menschen fit machen für die veränderten und permanent steigenden Anforderungen in der Arbeitswelt von heute und morgen. In Abstimmung mit den Unternehmen, den Bildungseinrichtungen und den Sozialpartnern sollen die hierfür verfügbaren Mittel auf die besonders entwicklungssträchtigen Bereiche der Saarwirtschaft konzentriert werden. Deshalb werden wir sicherstellen, dass alle Jugendliche unter 25 Jahren, die wollen und können, bei uns im Saarland auch eine Ausbildungsstelle erhalten. In den Jahren 2004 und 2005 haben wir dieses Ziel mit den Partnern im Ausbildungspakt fast vollständig erfüllt. Über tausend praktisch begabte Jugendliche qualifizieren sich jedes Jahr in Berufsgrundschuljahren, Hauptschulabschlusskursen und anderen Maßnahmen für diesen Weg. Über die Hälfte dieser jungen Menschen haben so eine Chance gefunden, einen Einstieg in das Berufsleben zu finden. Die CDU Saar wird den Ausbildungspakt mit der Saarwirtschaft fortsetzen; eine Ausbildungsplatzabgabe lehnen wir ab.

- **Gute Verkehrsinfrastruktur – Basis einer erfolgreichen Wirtschaftsentwicklung**
Die Verkehrsinfrastruktur schafft die Lebensadern für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Sie schafft Verbindungen, befördert die Mobilität von Menschen und Gütern. Das Saarland verfügt über eine hervorragende überregionale Anbindung auf der Straße, der Schiene, dem Wasserweg und im Luftverkehr. Die CDU Saar setzt sich dafür ein, dass die wichtigen Straßenbauprojekte des Landes, die als vordringlicher Bedarf im Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wurden, zügig umgesetzt werden. Dank des beharrlichen Einsatzes der Landesregierung wurde erst vor wenigen Monaten entschieden, dass die Hochgeschwindigkeitsstrecke Paris-Saarbrücken-Frankfurt im Jahr 2007 ihren Betrieb aufnehmen kann. Bis zu diesem Zeitpunkt muss auch das Projekt Eurobahnhof in seinen Kernbestandteilen realisiert sein. Beides zusammen stärkt das Saarland als Wirtschaftsstandort mitten in Europa. Die CDU Saar steht zum Flughafen Saarbrücken-Ensheim Er hat eine unverzichtbare Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Saarland. Die Infrastruktur des Flughafens wurde in den letzten Jahren auf einen modernen Stand gebracht. Er muss jetzt insbesondere unter verkehrlichen Gesichtspunkten weiterentwickelt werden. Dabei ist die Einhaltung der Sicherheit oberstes Gebot.
Bei der Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur muss die Anbindung an Luxemburg auf der Schiene und der Straße besonders berücksichtigt werden. Wir setzen uns insbesondere für eine schnellere Zugverbindung von Saarbrücken und Saarlouis nach Luxemburg ein.
- **Tourismus als Wachstumsbranche im Saarland**
Der Tourismus ist ein Wachstumsmarkt in Deutschland und Europa. Auch gegen den Trend der rückläufigen Kuren und Genesungsaufenthalte setzt sich der Tourismus im Saarland durch. Schon heute verbringen von Jahr zu Jahr mehr Gäste und Reisegruppen einen Kurzurlaub im Saarland. Sie genießen die Natur, Kultur und die gut ausgebauten, beschilderten und prämierten Wander- und Radwegnetze des Saarlandes. Über die Landesgrenzen hinaus bekannt und geschätzt werden die kulinarischen Spezialitäten der Region. Dieser Charme an der Grenze zu Frankreich und Luxemburg wird immer stärker anerkannt und gebucht.
Die CDU Saar will die touristische Entwicklung des Saarlandes noch stärker als bisher fördern. Dazu zählen Investitionen in öffentliche wie private Infrastruktur und die Vermarktung des Tourismus im Saarland.
- **Moderne Bildungspolitik als Standortfaktor**
Von besonderer Bedeutung für die Attraktivität eines Wirtschaftsstandortes ist die Qualität der Bildung und Ausbildung junger Menschen. Die CDU Saar wird daher

den Weg fortsetzen, erfolgreiche Bildungspolitik „made in Saarland“ zu einem bundesweit bekannten Markenzeichen unserer Region zu machen und auch damit unser Profil als innovatives Land zu schärfen. Aufgabe der Bildungspolitik ist über die Vermittlung von solidem Wissen, von Werten und über die Erziehung hinaus den jungen Menschen eine positive Einstellung zu Wirtschaft, Eigentum und unternehmerischer Selbständigkeit und sozialpolitische Verantwortung sowie Schlüsselqualifikationen wie z.B. Zuverlässigkeit, Sorgfalt, Verantwortungsbewusstsein und Durchhaltevermögen zu vermitteln. Ökonomische und sozialpolitische Bildungsinhalte sollen in den Lehrplänen daher verstärkt Berücksichtigung finden, der Praxisbezug beim schulischen Lernen verstärkt werden. Die CDU Saar wird darauf hinwirken, in den Schulen mehr Jugendliche und in der Lehrerbildung mehr Lehrer für Wirtschaft, Innovation und Sozialpolitik zu begeistern, das Fach Wirtschaft verpflichtend in der gymnasialen Oberstufe einzuführen, damit das Berufsbild Selbstständigkeit mit sozialpolitischer Verantwortung noch bekannter gemacht und gerade in der jungen Generation breiter verankert wird. Denn die Saat für die Unternehmensgründer im Jahr 2020 wird heute ausgebracht.

- **Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe**
Bei unserem klaren Bekenntnis zu Markt, Wettbewerb und Deregulierung muss auch der Rahmen, in dem sich Wirtschaft entfaltet, bestimmt werden. Die Sonn- und Feiertagsruhe gehört auch unter den Bedingungen der Globalisierung dazu. Wer viel leistet, der braucht Ruhe und Erholung. Und in keinem anderen Land in Deutschland ist die Bindung der Menschen an Kirchen so stark wie im Saarland. Deshalb hat die Sonn- und Feiertagsruhe bei uns einen hohen Stellenwert. Nach Artikel 41 der Verfassung des Saarlandes sind der Sonntag und die staatlich anerkannten kirchlichen Feiertage als Tage der religiösen Erbauung, seelischen Erhebung und Arbeitsruhe geschützt. Darum sind Ausnahmen für wirtschaftliches Handeln nur sehr sparsam zuzulassen.
- **Weiterbildung und lebenslanges Lernen für mehr Chancengerechtigkeit**
In einer globalisierten und sich rasch wandelnden Wirtschaft ist es kaum noch möglich, einmal einen Beruf zu erlernen und bis zum Rentenbeginn in ihm tätig zu sein. Vielmehr sind lebenslanges Lernen und kontinuierliche Weiterbildung unverzichtbar. Die CDU Saar setzt sich auf Bundesebene für die Förderung des Bildungsparens und die Weiterentwicklung des Meister-BAFÖGs ein.

1. Unser Anspruch als CDU Saar

- Die Bereitstellung öffentlicher Infrastrukturen und (Dienst-)Leistungen muss sich in Zeiten der Globalisierung sowohl am Gebot wirtschaftlicher Effizienz als auch an der notwendigen Kundenorientierung ausrichten. Das Saarland hat in dieser Hinsicht in den zurückliegenden Jahren Maßstäbe gesetzt. Wir haben die Regelungsdichte im Land durch die Abschaffung von über 2.000 Verwaltungsvorschriften drastisch reduziert, wir haben durch die Zusammenlegung von Landesbehörden die Behördenstruktur gestrafft und die Servicequalität in bürgernahen Behörden wie z.B. den Finanzämtern signifikant verbessert. Diese Modernisierungspolitik war ein wesentlicher Erfolgsfaktor bei der Entwicklung des Saarlandes hin zum Aufsteigerland.
- Der Anfang ist gemacht, jetzt wollen wir mit weiteren mutigen Schritten das Saarland zu einer Modellregion für Entbürokratisierung und Deregulierung machen. Wir wollen unser Verwaltungssystem von bürokratischem Ballast befreien und die in den zurückliegenden Jahrzehnten entstandene Regelungsdichte noch weiter zurückführen. Wir wollen erreichen, dass Investoren in der Reduzierung von Bürokratiekosten und Regelungsdichte einen starken Standortvorteil des Saarlandes gegenüber anderen Regionen und Bundesländern erkennen. Unser Ziel ist es, mit exzellenten administrativen Rahmenbedingungen, wirtschaftsfreundlichen Genehmigungsstandards und einer kundenorientierten Wirtschaftsförderung bundesweit zu einer Modellregion für ansiedlungs- und investitionswillige Unternehmer zu werden.

2. Unsere Leitmotive bei der Modernisierung der Landesverwaltung

- Wir werden in dieser Legislaturperiode dafür sorgen, dass der administrative Rahmen für die im Saarland ansässigen Unternehmen und Betriebe grundlegend vereinfacht wird. Wir wollen damit die unternehmerische Dynamik in unserem Land nachhaltig stärken und bessere Gründungsvoraussetzungen – insbesondere aber deutlich verkürzte Genehmigungs- und Gründungszeiten – erzielen. Dabei werden wir uns an folgenden Leitlinien ausrichten:
 - Um einer systemimmanenten Ausweitung des staatlichen Einflusses entgegenzuwirken, muss die Deregulierung zur Daueraufgabe werden. Das erfordert größere Resistenz der Politik gegen den „Vollkaskoanspruch“ der Gesellschaft. Außerdem gilt es Mechanismen einzuführen, mit denen die Regulierungsdichte nicht nur verringert, sondern auch dauerhaft auf einem niedrigen Niveau stabilisiert werden kann.
 - Um für Unternehmer ein attraktives Klima zu schaffen, müssen Kunden- und Serviceorientierung in den Verwaltungen systematisch verstärkt und ausgebaut werden. Die Kommunikation mit den Unternehmen, aber auch die Abwicklung von Geschäftsprozessen und der Vollzug von Gesetzen muss in unserem Land effizienter organisiert werden als in anderen Regionen; das ist unser Anspruch und unsere Antwort auf den zunehmenden Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte und Regionen.
 - Was in der Wirtschaft schon seit geraumer Zeit als ein Erfolgsrezept gilt, wird heute in der Verwaltung noch unzureichend praktiziert: Flache Hierarchien und Verantwortungsverlagerung auf die unteren Ebenen. Verantwortung muss auch

innerhalb der Verwaltungen dezentralisiert und an die unteren Ebenen delegiert werden, damit Aufgaben schnell, sachgerecht und vollständig erledigt werden können. Um in der verwaltungsinternen Abwicklung von Geschäftsprozessen spürbare Effizienzgewinne zu erzielen, müssen wir Doppelzuständigkeiten abbauen, Verfahrenswege verschlanken sowie die inner- und zwischenbehördliche Aufgabenteilung optimieren.

3. Unser Handlungsprogramm für mehr Deregulierung und Entbürokratisierung

□ Übermäßige Bürokratie ist eine wesentliche Bremse für Wachstum und Beschäftigung – auch im Saarland. Die direkten und indirekten Kostenfolgen staatlicher Reglementierungen sind immens und dämpfen die Investitions- und Konsumbereitschaft in unserem Land. Andererseits erwarten die Bürgerinnen und Bürger zu Recht die Abwehr von Gefahren und Risiken sowie die effiziente Gewährleistung administrativer Dienstleistungen. Um das Saarland zu einer Modellregion für Verwaltungsmodernisierung zu machen, werden wir folgende Maßnahmen umsetzen:

- 48 Stunden-Regelung
Wir werden dafür sorgen, dass die saarländischen Behörden zur schnellsten Verwaltung in Deutschland werden. Wir werden die organisatorischen und technischen Voraussetzungen schaffen, um den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch den Unternehmen und Betrieben in unserem Land garantieren zu können, dass jeder bei den Landesbehörden eingehende Antrag und jedes Genehmigungsverfahren spätestens innerhalb von 48 Stunden mit einem Zwischenbescheid bzw. einer Eingangsbestätigung mit gleichzeitiger Angabe eines Ansprechpartners beantwortet wird. Wir wollen größtmögliche Transparenz im Hinblick auf die Verwaltungsabläufe und die schnellstmögliche Bearbeitung behördlicher Aufgaben sicherstellen und werden dafür die notwendige organisatorische und elektronische Infrastruktur schaffen.
- Effizienzgewinne durch kommunale Funktionsreformen
Einer unserer Standortvorteile ist die Tatsache, dass wir als das „Land der kurzen Wege“ gelten. Diesen Vorteil gilt es – gerade im Zeitalter der elektronischen Kommunikation – weiter auszubauen und damit Bürokratiekosten für Unternehmen und Existenzgründer zu senken. Deshalb muss es uns gelingen, in der verwaltungsinternen Abwicklung von Geschäftsprozessen neue und zusätzliche Effizienzgewinne zu erzielen. Auf der Basis der Empfehlungen des Hesse-Gutachtens wollen wir die rechtlichen und institutionellen Voraussetzungen für die größtmögliche Verfahrenskonzentration auf den verschiedensten Verwaltungsebenen schaffen; deshalb werden wir konsequent Doppelzuständigkeiten abbauen, Verfahrenswege verschlanken und dazu die Aufgabenteilung zwischen den Kommunen, den Landkreisen bzw. dem Stadtverband und den Landesbehörden neu bemessen.
- Genehmigungen aus einer Hand
Jeder Unternehmer und jeder Bürger sollte in Zukunft bei einer saarländischen Behörde nur eine Stelle anlaufen müssen, damit ihre Anträge kompetent, verlässlich und schnell erledigt werden. Deshalb sollen – nach dem Vorbild der saarländischen Finanzämter – auch bei anderen kundenorientierten Dienststellen sogenannte One-Stop-Agencies eingerichtet werden, die bei Genehmigungen und Unternehmensgründungen als „Behördenlotsen“ fungieren und eine effiziente Verfahrensabwicklung gewährleisten. Durch die online-gestützte Bündelung von Kompetenzen der Kommunal- und der Landesbehörden und deren Vernetzung mit der Industrie- und Handels- sowie mit der Handwerkskammer soll ein Unternehmensgründer in Zukunft mit nur noch einem „Behörden-Stop“ auskommen.

Ziel muss es sein, die Gründung einer GmbH innerhalb einer Woche erledigen zu können.

- Reduzierung von Genehmigungsstandards und -vorbehalten
Die CDU Saar wird eine weitere Deregulierung in ausgewählten Bereichen durchsetzen. Im Gaststätten- und Gewerbebereich sollen Anforderungen reduziert und insbesondere Öffnungszeiten im Bereich der Außengastronomie flexibilisiert werden. Im Bereich der bereits reformierten Landesbauordnung sollte überprüft werden, inwieweit Erweiterungen, Umbauten, Nutzungsänderungen und Erneuerungen gewerblicher Bauten in Mischgebieten mit Gewerbe- und Wohnbebauung zusätzlich erleichtert werden können. Im Umweltbereich sollen alle bestehenden Standards und Vorgaben überprüft und – im Sinne einer 1:1-Umsetzung – auf das Niveau des europarechtlich zwingend Erforderlichen angepasst werden. Sofern diesbezüglich Bundesrecht betroffen ist, sind entsprechende Bundesratsinitiativen vorzubereiten. Genehmigungspflichten sollen abgebaut und soweit wie möglich durch Anzeigepflichten und Genehmigungsfreistellungen ersetzt werden. In Zukunft gilt – soweit rechtsinhaltlich und rechtssystematisch möglich – im saarländischen Landesrecht der Grundsatz: Erlaubnis mit Verbotsvorbehalt hat Vorrang vor Verbot mit Erlaubnisvorbehalt.
- Effizientere staatliche Kontrollen
Für die CDU Saar ist der Schutz der Gesundheit bei der Arbeit eine wichtige Aufgabe, für deren Wahrnehmung die Unternehmen Sorge zu tragen haben. Prüfungen im Bereich des technischen Arbeitsschutzes sind in dem erforderlichen Maße durchzuführen. Die Prüfintervalle sind in angemessenen Zeiträumen festzulegen. Im Rahmen der Fortentwicklung des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit können Synergieeffekte zwischen berufsgenossenschaftlichen und staatlichen Stellen zur Verbesserung der Effizienz genutzt werden (z. B. Aufgabenwahrnehmung durch beliehene Unternehmen). Doppel- und Mehrfachprüfungen z.B. durch Gewerbeaufsichtsamt, Berufsgenossenschaft und sonstige Behörden und Stellen gilt es in Zukunft zu vermeiden.
Die CDU Saar tritt dafür ein, dass grundsätzlich alle Arbeitnehmer entsprechend dem aktuellen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis arbeitsmedizinisch und sicherheitstechnisch betreut werden.
- Verbesserung der Service- und Leistungsorientierung der Behördenmitarbeiter
Möglichkeiten zur Motivationssteigerung der Behördenmitarbeiter sollen systematisch ausgeschöpft, der Weg hin zu einer serviceorientierten und wirtschaftsfreundlichen Verwaltung soll konsequent fortgesetzt werden. Möglichkeiten dazu ergeben sich aus den Vorgaben der Föderalismusreform zur Regelungshoheit der Länder im Bereich des öffentlichen Dienstes, die Bestandteil des Koalitionsvertrages geworden sind. Ansätze dafür sind eine stärkere dezentrale Budget- und Aufgabenverantwortung, wie sie bereits im Bereich der Landesjustiz erfolgreich praktiziert wird, ebenso wie leistungsabhängige Gehaltsabweichungen um bis zu 10% nach oben und unten sowie eine Flexibilisierung der Laufbahnstrukturen.
- Konsequenter Einsatz von eGovernment
In Bezug auf den Einsatz von eGovernment hat das Saarland durch zahlreiche Maßnahmen und Projekte (Kabinetts-online, elektronische Steuererklärung ELSTER, Geo-Daten-Informationssystem GIS, Fördermitteldatenbank CONIFERE etc.) einen bundesweit anerkannten Spitzenplatz. Ein herausragendes Beispiel für mehr Kundenorientierung und Verwaltungseffizienz sind die „Bürgerdienste Saar“, mit

denen es – wie in keinem anderen Bundesland – gelungen ist, die Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung über die Ebenen des Landes, der Landkreise sowie der Städte und Gemeinden gemeinsam über das Internet verfügbar zu machen. Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass bis zum Ende der Legislaturperiode 75% aller online-fähigen Dienstleistungen im Saarland über das Internet angeboten werden. Damit werden wir das Verwaltungshandeln noch schneller, transparenter und kostengünstiger gestalten. Für uns ist es sehr wichtig, dass alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, von diesen neuen Entwicklungen zu profitieren. Wir setzen uns daher auf allen Ebenen für die zügige Realisierung barrierefreien Zugangs behinderter Menschen zu allen Internetangeboten der öffentlichen Hand im Saarland ein.

- **Leichtere Kommunikation mit Behörden**
Formulare und Behördenschreiben müssen kurz und verständlich sein. Formulare sollten „am Kunden“ getestet werden und soweit wie möglich standardisiert werden (z.B. in Fokusgruppen oder Testphasen). Öffnungszeiten und Erreichbarkeiten der Behörden müssen bürgerorientiert sein. Für alle Behörden sollten möglichst einheitliche Kernöffnungszeiten gelten. Zu den Öffnungszeiten müssen kompetente Behördenmitarbeiter erreichbar sein – persönlich (z.B. über Vertretungsregelungen) und telefonisch (z.B. über Anrufweiterschaltungen, Voicemail). Persönliche Terminvereinbarungen sollten im Vordergrund stehen. Auch im Hinblick auf eine landesweit einheitliche Qualität behördlicher Dienstleistungserbringung sollte eine qualitätssichernde Rahmenvereinbarung zwischen Landesregierung und kommunalen Spitzenverbänden angestrebt werden.
- **Reduzierung von aufgebürdeten Verwaltungsaufgaben**
Bei den Dokumentationspflichten für Steuererklärungen sollte der Aufbewahrungszeitraum von zehn auf fünf Jahre verkürzt werden; die Form der Dokumentation sollte den Unternehmen überlassen bleiben. Nicht zu unterschätzende Kostenbelastungen ergeben sich darüber hinaus durch behördlich veranlasste Statistikerfordernisse. Diese Berichtspflichten sollen im Saarland in Zukunft durch den Abbau von Einzelstatistiken und die verstärkte Nutzung von Verwaltungsdaten reduziert werden, so dass Doppelerhebungen von Basisdaten bei den Unternehmen vermieden werden (z.B. Umsatz, Mitarbeiterzahl, Lohnsumme). Das Angebot standardisierter Software-Schnittstellen durch das Statistikamt soll einen – für Unternehmer optionalen – automatisierten Austausch statistischer Daten zwischen Unternehmen und Statistikamt ermöglichen. Totalerhebungen bei Unternehmen sollen nur noch möglich sein, wenn sie auch auf elektronischem Weg angeboten werden; andernfalls sollen nur Stichproben durchgeführt werden.
- **Normprüfung durch Befristung von Gesetzen**
Die Geschäftsordnung der Regierung des Saarlandes sieht bereits grundsätzlich die Befristung von Rechtssetzungsvorhaben vor; Ausnahmen müssen besonders begründet werden (§ 12 a). Die CDU Saar wird sich dafür einsetzen, dass diese Befristungsregelung konsequent umgesetzt wird; deshalb werden wir die Möglichkeit eines einheitlichen Befristungsdatums prüfen, wonach grundsätzlich alle Rechtssetzungsvorhaben der 13. Wahlperiode auf den 31. Dezember 2010 befristet werden; die bereits vorgenommen Befristungen werden – soweit noch nicht erfolgt – nachträglich auf dieses Datum umgestellt. Durch die Einführung dieses automatischen Ablaufdatums für alle Rechtsänderungen der zurückliegenden Legislaturperiode sollte eine kritische und restriktive Überprüfung des gesamten Normenzuwachses im Hinblick auf Erforderlichkeit und Zwecktauglichkeit gewährleistet werden.
- **Reduzierung des Normenbestandes als Daueraufgabe**

Die CDU Saar fordert die Landesregierung auf, in einem kontinuierlichen Evaluierungsprozess den gesamten Normenbestand des Landes zu überprüfen. Dabei ist auszuwerten, ob Rechtsvorgaben sich in der behördlichen Praxis als überflüssig oder untauglich erwiesen haben. Im Mittelpunkt der Evaluierung des Normenbestandes stehen insbesondere prognoseunsichere und veränderungsanfällige Regelungsgegenstände. Was sich in der Vergangenheit bei der Reduzierung von Rechtsverordnungen als durchführbar und erfolgreich erwiesen hat, sollte nun auch bei der Reduzierung von Landesgesetzen praktiziert werden: nämlich der Grundsatz, dass jedes bestehende Landesgesetz zu einem bestimmten Ablaufdatum außer Kraft gesetzt wird und – unter Umkehrung der Beweislast – im Hinblick auf seine Weitergeltung begründet werden muss. Aus diesem Grund und ausschließlich zu diesem Zweck werden in Zukunft zweimal pro Jahr auf der Ebene der Staatssekretäre Sondersitzungen durchgeführt, die damit die Funktion eines übergeordneten Normenkontrollrates erfüllen. Die Rechtfertigungslast für den bestehenden Normenbestand trägt grundsätzlich das zuständige Fachministerium; eine gemeinsame Normprüfstelle von Staatskanzlei und Innenministerium wird diese Sitzungen – unter Hinzuziehung von unabhängigen Experten – vorbereiten und evaluieren.

- **Einrichtung eines Bürokratiekosten-TÜV**
Der gezielte Abbau von Bürokratiebelastung erfordert vor allem Kosten- und Belastungstransparenz. Aus diesem Grund beteiligt sich das Saarland – als eines der ersten Bundesländer – an einem Projekt der Bertelsmann Stiftung zur beispielhaften Überprüfung seines Landesbaurechts nach dem sogenannten Standard-Kosten-Modell. Dabei wird der finanzielle Aufwand eines durchschnittlichen Unternehmens durch die Erfüllung von Informationspflichten gegenüber der Verwaltung erfasst und damit die durch den Normenvollzug entstehenden Gesamtkosten von Unternehmen innerhalb einer Region ermittelt; dazu zählen z.B. Honorar-, Personal- und Gebührenaufwände für die Verpflichtung zur Einholung von Genehmigungen, für steuerrechtlich veranlasste Mitteilungen oder Testate. Nach der erfolgreichen Erprobung dieses Instrumentes im Bereich der LBO wird der „Bürokratiekosten-TÜV“ als zentral verbindliches Instrument der Überprüfung des gesamten Normenbestandes der Landesregierung eingeführt; die hierdurch zu erreichende Kostentransparenz bei den sogenannten Informationspflichten wird dazu beitragen, die regionalwirtschaftlichen Belastungen saarländischer Unternehmen aufgrund bürokratischer Vorgaben auf der Basis quantifizierbarer Zielvorgaben konsequent zu reduzieren.

1. Unser Anspruch als CDU Saar

- Kinder, Jugend und Familien haben Zukunft unseres Landes. Die Bereitschaft, Kinder zu bekommen, Kinder zu erziehen und für sie Verantwortung zu übernehmen, ist eine Grundvoraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Diese Bereitschaft schafft, sichert und formt nicht nur die Substanz für das Fortbestehen unserer Gesellschaft. Diese Bereitschaft ist auch ein Indikator für die Zuversicht und das Selbstvertrauen einer zukunfts-offenen Gesellschaft. Es ist daher unser Ziel als CDU Saar, durch eine erhöhte Geburtenrate und eine für das Saarland günstige Wanderungsbilanz die Bevölkerungsentwicklung positiv zu gestalten. Dies erreichen wir jedoch nur, wenn wir ein kinder- und familienfreundliches Land sind, wenn wir Erwerbsarbeit und Familienarbeit bestmöglich miteinander vereinbaren, wenn wir berufliche Karrierewünsche bestmöglich in Einklang bringen mit dem Wunsch, eine Familie mit Kindern zu gründen.
- Die Pflege eines harmonischen Familienlebens ebenso wie die verantwortungsvolle Kindererziehung sind heute keine Selbstverständlichkeiten mehr. Familie und Kindererziehung erscheinen heute für viele Menschen als kaum oder nur sehr schwer lösbare Aufgabenstellungen, an denen nicht wenige dann scheitern. Als CDU geht es uns darum, angesichts einer Vielzahl problematischer Leitbilder und Erziehungsmodelle die Familienkompetenz im Lande zu stärken und den Mut zur Erziehung zu fördern. Resignative Erziehungsabstinenz, die von der Verletzung der elterlichen Aufsichtspflicht bis hin zur körperlichen und seelischen Verwahrlosung der Kinder reicht, dürfen von einer CDU-geführten Landesregierung nicht geduldet werden. Wo das Elternhaus versagt, muss der Staat korrigierend und helfend eingreifen. Neben einer verantwortungsvollen Erziehung, die in erster Linie in den Elternhäusern geschehen muss, gehören fundierte staatlich vermittelte Bildung und Ausbildung zum Grundbestand der Zukunftssicherung - und zwar für den jungen Menschen ebenso wie für die gesamte Gesellschaft.

2. Unsere Leitlinien auf dem Weg zur Modellregion für Bildung, Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeit

- Die CDU Saar tritt dafür ein, den in den letzten Jahren von der Landesregierung eingeschlagenen Weg der konsequenten Qualitätsverbesserung im Bildungswesen fortzusetzen und unseren guten Ruf als Modellregion für innovatives Bildungswesen zu festigen. Wir müssen jedoch akzeptieren, dass Schulen heutzutage nicht mehr nur Orte der Ausbildung und Wissensvermittlung sein können, sondern zunehmend auch Aufgaben der Erziehung und Persönlichkeitsbildung übernehmen müssen. Denn: Die gesellschaftlichen Desintegrationsprozesse der letzten Jahrzehnte sind auch an der sozialen und kulturellen Wirklichkeit unseres Landes nicht vorbeigegangen. Schulen sind zwar kein Ersatz für familiäre Strukturen und soziale Netzwerke. Jedoch ergänzen sie diese bei der Vorbereitung des jungen Menschen auf die Herausforderungen seines weiteren Lebens. Wir orientieren uns bei unserer Bildungs- und Jugendpolitik an folgenden Leitlinien:
 - Wir wollen den Menschen deutlich machen, dass sie in einem lebenswerten Land mit einer lebenswerten Zukunft leben. Die wirtschaftlichen und ökologischen, die sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen müssen so gestaltet sein, dass sich die Menschen gerne und mit Zuversicht für Kinder entscheiden. So gesehen ist die

kinderfreundliche Gesellschaft eine Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche. Das heißt zum Beispiel: Jeder Arbeitslose, der in geregelte Arbeit kommt, ist ein Beitrag zu einer kinderfreundlichen Gesellschaft; jeder Verein, der Erwachsenen wie Jugendlichen eine sinnvolle und erfüllende Freizeitbeschäftigung bietet, ist ein Beitrag zur einer kinderfreundlichen Gesellschaft; jede Aufklärung einer Straftat ist ein Beitrag zu einer kinderfreundlichen Gesellschaft. Ganzheitliche Politik für Kinder und Familien geht also weit über bildungs- und sozialpolitische Maßnahmen hinaus.

- Erziehung ist nach dem Grundgesetz und der Landesverfassung in erster Linie Recht und Pflicht der Eltern. Der Staat greift nach Möglichkeit nur ein, wenn Eltern überfordert sind und ihren Pflichten nicht oder nur in unzureichender Weise nachkommen. Erst dort, wo Eltern überfordert sind, muss der Staat unterstützend eingreifen. Dabei gilt es zunächst, die Erziehungskompetenz der Eltern zu stärken und sie somit zur Erfüllung der elterlichen Verantwortung zu befähigen. Dann jedoch, wenn der Appell an die elterliche Verantwortung nicht greift und wenn die Unterstützungsangebote nicht wahrgenommen werden, soll der Staat seine Autorität zur Geltung bringen und die Eltern entsprechend sanktionieren. Kinder im Bedarfsfalle auch vor der mangelnden Erziehungskompetenz der Eltern zu schützen, dies liegt in der Verantwortung des Staates auch im Sinne des Subsidiaritätsprinzips.
- Das staatliche Angebot an Kinderbetreuungsplätzen soll möglichst umfassend, aber gleichzeitig die Inanspruchnahme in möglichst hohem Maße freiwillig sein. Diese Freiwilligkeit umfasst sowohl die Vorschuleinrichtungen wie auch die Nachmittagsbetreuungen. Wenn Eltern die Zeit außerhalb der Kernschulzeit gerne selbst mit ihren Kindern verbringen wollen, so muss ihnen das erlaubt und möglich bleiben. Gleichzeitig gilt es, anhand eines möglichst flächendeckenden Angebots an Kinderbetreuungseinrichtungen für Eltern die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie sicherzustellen. Für familiengerechte Jobs müssen die Arbeits- und Kinderbetreuungszeiten bedarfsgerecht in Bezug auf die täglichen Öffnungszeiten, (ggf.) die Wochenenden und vor allem während der Schulferien besser als bisher miteinander in Einklang gebracht werden.
- In Zeiten rasanter Innovationen und verstärktem globalem Wettbewerbsdrucks ist die Qualitätsverbesserung des Bildungswesens eine permanente Aufgabe geworden. Vor dem Hintergrund finanzwirtschaftlicher Zwänge gilt es zu beachten, dass sich durch den Bevölkerungsrückgang nicht nur negative Anpassungsnotwendigkeiten, sondern auch finanzielle Spielräume ergeben, die es unter dem Gesichtspunkt der Effizienz und Zielgenauigkeit des Mitteleinsatzes sowie im Sinne der Qualitätsverbesserung einzusetzen gilt. Die permanente Überprüfung durch fest implementierte Controllingverfahren muss dabei zum integralen Bestandteil der Qualitätsverbesserung werden. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse müssen ebenso schnell umgesetzt werden wie offenbarte Missstände und Fehlentwicklungen abgestellt und korrigiert werden müssen. Unsere Jugend ist weit besser als ihr Ruf. Wissenschaftliche Beobachtungen und Untersuchungen, wie die anerkannte Shell-Studie, beweisen, dass der weitaus größere Teil junger Menschen sich ohne größere Störfaktoren zu einem selbständigen gesellschaftsorientierten Menschen entwickelt. Dennoch treten im Leben eines jeden Jugendlichen Probleme auf, seien es schulisches oder berufliches Versagen, schwierige Lebenssituationen im familiären Bereich (bedingt durch Trennung, Alkoholismus, Krankheit,...), Integrationsschwierigkeiten oder psychische Störungen. Wird der Jugendliche bei der Bewältigung solcher Probleme nicht unterstützt, so besteht die Gefahr, dass dies zu tief greifenden Krisen bei dem jungen Menschen führt, zu Orientierungslosigkeit, zu Übernahme von einfachen Gedanken-, Problemlösungs- und Lebensmustern (Extremismus, Gewalt, fehlende soziale Kompetenz, Demokratie- und Politikverdrossenheit, Intoleranz,...) Straffälligkeit, Sucht oder Abhängigkeit. Hier ist in erster Linie das Elternhaus gefordert. Darüber hinaus sind jedoch auch

Gesellschaft und Politik angehalten, Rahmenbedingungen zu schaffen, um Fehlentwicklungen zu vermeiden und Störungen der individuellen und sozialen Integration beseitigen zu helfen.

Hier leisten die Vereine, Verbände, Jugendorganisationen, Gruppierungen, Jugendclubs, Kirchen, Parteien und Selbsthilfegruppen wertvolle und unverzichtbare Arbeit. Diese Arbeit gilt es zu unterstützen und zu fördern.

Bei der Weiterentwicklung des Saarlandes zur Modellregion steht das Land in der gemeinsamen politischen Verantwortung mit den öffentlichen Trägern von Kindergärten und Schulen, den Kommunen, den Landkreisen sowie dem Stadtverband. Die CDU Saar bekennt sich weiterhin bei der Umsetzung aller Maßnahmen zur innovativen Qualitätsverbesserung unseres Bildungssystems zu strikten Anwendung des Konnexitätsprinzips.

3. Unser Handlungsprogramm für das Saarland

□ Seit 1999 sind wesentliche Innovationen im saarländischen Bildungswesen umgesetzt worden. Deutschlandweit steht das Saarland seither in dem Ruf, in Sachen wichtiger Bildungsreformen mutig an der Spitze der Bewegung zu marschieren. In den kommenden Jahren werden wir zum einen die Modernisierung unseres Schul- und Bildungswesens fortsetzen; zum andern müssen wir aber auch das Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen sehr viel stärker als bisher in den Fokus rücken. Denn das beste Bildungssystem nutzt nichts, wenn die außerschulische Alltagswelt der Kinder die institutionellen Bildungsbemühungen strukturell und permanent konterkariert.

- **Starke Eltern – Starke Kinder – Starkes Land**

Wir wollen für mehr Erziehungskompetenz der Eltern sorgen. Die flächendeckend in Kooperation zwischen Familienministerium, Kliniken und katholischen Familienbildungsstätten angebotenen kostenlose Kurse für Eltern von Neugeborenen sollen verbunden werden mit dem allgemeinpädagogischen Angebot, das das Bildungsministerium in Zusammenarbeit mit den Weiterbildungseinrichtungen anbietet. Damit haben Eltern die Möglichkeit, sich für jede Entwicklungsphase des Kindes eine entsprechend fundierte Erziehungskompetenz anzueignen. Wir wollen es allen Eltern ermöglichen, sich fit zu machen, um alle erzieherischen Herausforderungen durchgängig in jeder Alterstufe aus eigener Kraft zu bestehen.

- **Pflichtuntersuchungen für Kinder**

Es ist besorgniserregend, dass immer häufiger Fälle von gröbster Vernachlässigung und Misshandlung passieren. Diese schlimmen Auswüchse von sittlicher Verwahrlosung und Überforderung von Eltern erfordern nicht nur Hilfsangebote, sondern auch die konsequente Durchsetzung staatlicher Sanktionierung zum Wohle der Kinder. Was wir dafür brauchen, sind flächendeckende Kontrollen und eine lückenlose Kette von Vorsorgeuntersuchungen und Kindesbeobachtungen. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen staatlichen Gesundheitsbehörden, Kinderärzten, Kindergärten und Schulen. Aus diesem Grund begrüßt die CDU Saar die Einführung von Pflichtuntersuchungen für Kinder bis zum Einschulungsalter. Nur so können alle Fälle von Vernachlässigung und Misshandlung aufgedeckt oder – aufgrund des Abschreckungseffektes - von vornherein vermieden werden.

- **Lokale Bündnisse für Familie**

Wir sorgen für eine flächendeckende Einrichtung von lokalen Bündnissen für Familie. Lokale Bündnisse für Familie sind Kooperationen von unterschiedlichen Akteuren wie Unternehmen, freie Träger, Behörden etc., die sich auf kommunaler Ebene für mehr Familienfreundlichkeit einsetzen. Die Zielsetzung besteht darin,

gemeinsam (Mit-)Verantwortung für Familienfreundlichkeit im Alltag zu übernehmen. Die beteiligten Akteure begreifen Familienfreundlichkeit als gemeinsame Aufgabe und handeln im gemeinsamen Interesse. Mit derzeit zehn lokalen Bündnissen verfügt das Saarland bundesweit über eins der dichtesten Netze. Ziel ist es, bis zum Jahr 2010 in allen saarländischen Gemeinden und Kreisen über lokale Bündnisse zu verfügen.

- **Krippenplätze mal drei**
Derzeit kommen auf 1000 Kinder 70 Kinderkrippenplätze. Die Landesregierung wird aufgefordert, diese Zahl bis zum Jahr 2010 zu verdreifachen. Möglich wird dies dadurch, dass aus demographischen Gründen viel weniger Kinder in die Kindergärten gehen. Dadurch frei werdende Mittel sollen weitgehend zum Ausbau der Krippen verwandt werden, so dass nicht nur das Kinderbetreuungsangebot für junge Familien entscheidend verbreitert wird, sondern auch die Freistellung von Erzieherinnen auf diese Art vermieden werden kann. Durch eine Anpassung des Personalschlüssels bei Kinderkrippen auf die Größenordnung anderer Länder können ebenfalls mehr Plätze geschaffen und gleichzeitig die Krippenplatzkosten für die Eltern gesenkt werden.
- **Vom Kindergarten zum Familiengarten**
Die CDU Saar setzt sich dafür ein, unsere klassischen Kindergärten nach englischem Vorbild von reinen „Kinder-Gärten“ in „Familien-Gärten“ umzuwandeln. Solche Eltern-Kind-Zentren würden dann unter einem Dach nicht nur die Bildung und Betreuung der Kinder vereinen. Zusätzliche Service-Angebote „rund ums Kind“ wie zum Beispiel Elternschule, Sprachkurse für Migrantenfamilien, Gesundheitscheck, Erziehungsberatung etc. würden dort anstatt an anderer Stelle angeboten. So würde der Kindergarten zum permanenten Treffpunkt für junge Familien.
- **Frühes Lernen – K 3**
Die CDU Saar fordert die Landesregierung auf, das K 3-Projekt weiter zu forcieren. Über einen Bildungsplan hinaus, der mittlerweile fast in allen Ländern Standard ist, sollen im Saarland Bildungbausteine entwickelt werden, die allen Kindern im Jahr vor der Schule systematisch und verbindlich zu vermitteln sind. Ein Ziel muss sein, dass alle Kinder bei der Einschulung die deutsche Sprache altersgemäß beherrschen. Dabei soll die Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule institutionalisiert (Tandems) werden, sowie Projekte der baulichen und pädagogischen Verknüpfung von Grundschulen und Kindergärten unterstützt werden, da diese sowohl der demographischen Entwicklung als auch pädagogischen Erkenntnissen Rechnung tragen. Gleichzeitig fordern wir die kirchlichen und kommunalen Träger zur Einrichtung einer Fachberatung auf, um die Betreuung zu professionalisieren. Hierzu soll auch im Saarland ein Studiengang Sozialpädagogik/Frühes Lernen staatlicherseits eingerichtet werden, der sich speziell an zukünftige Führungskräfte im Kindergarten richtet. Der Studiengang soll mit dem „Bachelor of Education“ abschließen. Für die bereits heute tätigen Erzieher und Erzieherinnen soll berufsbegleitend ein entsprechendes Weiterbildungsstudium eingerichtet werden.
- **Freiwillige Ganztagschulen der zweiten Generation**
Wir wollen die Ganztagsschulangebote weiterentwickeln. Daher fordert die CDU Saar, für das Personal Qualitätsstandards festzusetzen, die Öffnungszeiten zu verlängern, ein Ferienprogramm anzubieten und im Rahmen des finanziell Möglichen mehr Lehrerstunden für die Ganztagschulen zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig soll geprüft werden, ob die Betreuung für Schulkinder zwischen Ganztagschulen und Horten neu strukturiert werden kann, wie dies in anderen Ländern schon erfolgreich praktiziert worden ist. So würde die Ganztagschule der zweiten Generation zum Regel-Angebot für die Betreuung von Schulkindern werden.

Die Horte würden zu spezialisierten sozialpädagogischen Erziehungshilfeeinrichtungen und auf solche Kinder konzentriert, für die die neue Ganztagschule sozialpädagogisch nicht ausreicht.

- **Wir geben keinen auf – Jugendhilfe hilft Schule**
Immer noch verlasen viel zu viele Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Dies wollen wir nicht hinnehmen. Unter dem Motto „Früh investieren statt spät reparieren“ fordert die CDU Saar hier gezielte Hilfe. Ab Klassenstufe 7/8 sollten Schüler, bei denen erkennbar ist, dass sie den Abschluss nicht erreichen, besonders gefördert werden. In kleineren Gruppen sollten sie ganzheitlichen, speziellen Unterricht erhalten und während der ganzen verbleibenden Schulzeit von zwei Lehrern besonders betreut werden. Zusätzlich sollte der flächendeckende Einsatz von „Schoolworkern“ eine gezielte sozialpädagogische Betreuung gewährleisten. Auch will die CDU Saar die Zahl der Sitzenbleiber reduzieren, und zwar nicht durch die Absenkung des Anforderungsniveaus, sondern durch gezielte Förderung anhand eines detaillierten Hilfsplanes. Die CDU Saar hat den Ehrgeiz, dass das Saarland das Land mit den wenigsten Sitzenbleibern wird.
- **Mut zur Sanktionierung von destruktivem Schulverhalten**
Die gezielte und verstärkte Förderung von Lernschwachen muss einhergehen mit einer gezielten und verstärkten Disziplinierung derer, die sich der Schulpflicht und einem gemeinverträglichen Verhalten permanent entziehen und so die anderen vom Lernen abhalten. So könnten anhand eines engen Informationssystems zwischen Schule und Eltern diese über das Schulschwänzen ihrer Kinder zeitnah unterrichtet werden. Hinsichtlich des Problems der chronischen Störenfriede sollte angedacht werden, ob diesem Problem nicht mit Hilfe eines persönlichen schulischen Führungszeugnisses begegnet werden kann. Ein solches einwandfreies Führungszeugnis könnte etwa für den Erwerb des Führerscheins zur Voraussetzung gemacht werden, so dass im gegenteiligen Falle auf diese Art eine wirkungsvolle Sanktion zur Verfügung stünde. Zusätzlich sollten weitere Sanktionsmaßnahmen wie zum Beispiel die Verpflichtung zu sozialen und gemeinnützigen Tätigkeiten überprüft werden.
- **Schulbuchkosten runter**
Für die meisten Eltern sind die immensen Kosten für Schulbücher nicht nur ein permanentes Ärgernis, sondern eine ernsthafte Belastung für die Haushaltsbudgets vieler Familien. Die CDU Saar fordert hier dringend Abhilfe. Wir setzen uns ein für den Erlass der Mehrwertsteuer auf Schulbücher, die Einführung weniger Schulbücher für die gesamte Schulzeit sowie in den übrigen Schulformen mit den Büchern, die wirklich gebraucht werden, die Ermöglichung von rabattierten Sammelbestellungen sowie die Anschaffung sehr teurer Bücher (z.B. Atlanten) von Seiten des Schulträgers, die dann den Schülern leihweise im Unterricht zur Verfügung gestellt werden.
- **Mehr Freiheit für die Schulen – konsequente Qualitätssicherung**
Die Schulen in Deutschland sind im internationalen Vergleich deutlich überreguliert und überbürokratisiert. Aus diesem Grund fordert die CDU Saar die weitgehende Unabhängigkeit der Schulen vor allem hinsichtlich der Haushalts- und Personalhoheit. Da das Saarland hier bundesweit absolutes Neuland betritt, sollen zunächst in einem Modellversuch von jeder Schulform drei Schulen in größtmöglicher Freiheit und Selbstverantwortung entlassen werden. Zur Auswahl können sich alle saarländischen Schulen bewerben. Die Auswahl soll dann von einer Kommission aus Wirtschaft, ministerieller Schulaufsicht und Verwaltung der Schulträger getroffen

werden. Die CDU Saar fordert die Einführung einer festen Schulinspektion, die regelmäßig die Qualität der Schulen überprüft, um Schwächen und Defizite zu analysieren und zu beheben. Das im Kultusministerium erarbeitete Inspektionskonzept soll zügig umgesetzt werden, die hierfür erforderlichen Mittel sollen im Landeshaushalt eingestellt werden.

Nach erfolgreichem Abschluss des Modellversuches wird die Landesregierung aufgefordert, den veränderten Anforderungen an die Schulleitungen hinsichtlich Haushalts- und Personalhoheit in der Form Rechnung zu tragen, dass Kenntnisse über Budgetierung, Kosten-Controlling und Personalmanagement vermittelt werden. Diesbezüglich sind zertifizierbare Aus- und Weiterbildungsangebote zu schaffen.

Ein Schwerpunkt der saarländischen Landespolitik ist die Förderung und Stärkung der Jugend- und Präventionsarbeit. Dies spiegelt sich auch im Haushalt des Saarlandes wieder. Hier wurde ein großer Schwerpunkt auf Präventionsarbeit gelegt. Die CDU Saar fordert die Landesregierung auf, gute Präventionsprojekte sowie die Arbeit ehrenamtlich tätiger Menschen in Vereinen und Verbänden weiterhin in gesteigertem Maße zu unterstützen und zu fördern.

1. Unser Anspruch als CDU Saar

- Die Menschen im Saarland sind zurecht stolz auf dieses Land. Die erfolgreiche Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels in den letzten Jahrzehnten, vor allem aber die dynamische Aufwärtsentwicklung in der Saarwirtschaft und das dadurch gewachsene Ansehen des Saarlandes haben auch die Mentalität in unserem Land positiv verändert. Der konsequente Strukturwandel, die damit einhergehende gezielte Wachstumspolitik, der beachtliche Abbau der Arbeitslosigkeit, mutige Reformen und bundesweit anerkannte Leuchtturmprojekte: All das hat gezeigt, welche Gestaltungspotenziale trotz knapper Kassen unser Land birgt und wie diese Potenziale mit Tatkraft, Mut und Ideenreichtum ausgeschöpft werden können. Keine Frage – das Saarland hat sich durch eigene Kraftanstrengung, durch politische Innovationen und mutige Reformen Respekt verschafft. Es gibt ein neues Bild von unserem Land als einer aufstrebenden, selbstbewussten Region mit starkem Zukunftspotenzial. Die Saarländerinnen und Saarländer bekennen sich zu ihrer Heimat – und das ist gut so! Die CDU Saar wird dieses neue Selbstbewusstsein und die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit dem Land weiter stärken.
- Das Saarland steht jedoch nicht nur bei den sogenannten harten Standortfaktoren (Arbeitsplätze, Lohnniveau, Lebenshaltungskosten, Infrastruktur etc.), sondern auch bei den sogenannten weichen Faktoren der Standortqualität wie Kulturszene, Freizeit- und Sportangebot, Gastronomie oder Eventkultur im Wettbewerb mit anderen Bundesländern. Verschärft durch die Bevölkerungsentwicklung wird diese Standortkonkurrenz immer mehr zu einem Wettbewerb um die immer weniger werdenden jungen Menschen und Familien, die wir im Land halten und die wir für unser Land gewinnen wollen; dies gilt besonders für hochqualifizierte junge Menschen und Studierende, bei denen die Wohnortentscheidung zwar sehr stark vom Arbeitsplatz, jedoch immer mehr auch von der sozialen und kulturellen Qualität ihres persönlichen Lebensumfeldes beeinflusst wird. Wir werden deshalb dafür sorgen, dass unser Saarland seine vorhandenen Stärken in Bezug auf Lebensqualität und kulturelle Vitalität gegenüber anderen vergleichbaren Regionen weiter ausbaut und selbstbewusst zur Geltung bringt.
Wir als CDU wollen dieses neue Selbstbewusstsein und die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit dem Land weiter stärken. Dabei spielt die Förderung des ländlichen Raumes eine zentrale Rolle; seine Vorteile – festere soziale Bindungen, gewachsene Dorfkulturen, hohe Lebensqualität, kulturelle Vielfalt und eine abwechslungsreiche Naturlandschaft – sind für viele Menschen von großer Anziehungskraft. Dennoch stehen auch wir vor wichtigen Weichenstellungen. Wir müssen die Strukturen des ländlichen Raumes modernisieren und damit die Attraktivität unserer Heimat stärken. Denn wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit des ländlichen Raumes gegenüber den städtischen Ballungsgebieten auch für die Zukunft sichern; dies gilt besonders für junge Menschen und Familien, bei denen die Wohnortentscheidung zwar sehr stark vom Arbeitsplatz, jedoch immer mehr auch von der sozialen und kulturellen Qualität ihres persönlichen Lebensumfeldes beeinflusst wird. Wir werden deshalb dafür sorgen, dass unsere Region ihre wirtschaftliche Standortqualität und ihre Lebensqualität selbstbewusst zur Geltung bringt. Immerhin wohnen mindestens ein Viertel aller Saarländerinnen und Saarländer im ländlichen Raum; sie erwarten gerade von uns als CDU, dass wir den Interessen und Forderungen des ländlichen Raumes eine politische Stimme verleihen.

2. Unsere Leitmotive bei der kulturellen Modernisierung unseres Landes

Das Saarland hat viele Stärken und ein großes Potenzial an sozialer und kultureller Vitalität. Eine dieser Stärken liegt in der Mischung aus günstigen Lebenshaltungskosten, einer attraktiven Natur- und Kulturlandschaft sowie dem großen Potenzial an ehrenamtlichem und nachbarschaftlichem Engagement. Damit werden wir uns jedoch nicht zufrieden geben. Wir werden das Profil unseres Landes als Region mit hoher Lebensqualität und europäischen Flair weiterentwickeln und zusätzlich neue Akzente bei der kulturellen Modernisierung unserer Landesentwicklung setzen. Dabei werden wir uns an folgenden Leitlinien ausrichten:

- Die Menschen im Saarland haben gerade in den letzten Jahren ein Bewusstsein dafür gewonnen, dass wir unser Schicksal als Bundesland in die eigenen Hände nehmen und aus eigener Kraft unsere Zukunft positiv gestalten können. Deshalb werden wir insbesondere durch die verstärkte Förderung des ehrenamtlichen Engagements das Lebensgefühl und die Lebensqualität in unserem Land im Sinne einer aktiven Bürgergesellschaft zu einem Markenzeichen des Saarlandes machen.
- Wir wollen dem kulturellen Leben in unserem Land neue Akzente geben. Kulturpolitik im Saarland bedeutet zum einen, den professionell und ehrenamtlich tätigen Kulturschaffenden ein verlässlicher Partner zu sein; zum anderen müssen wir aber auch dafür sorgen, mit herausragenden und einzigartigen kulturellen Ereignissen europäische und internationale Aufmerksamkeit auf das Saarland zu lenken.
- Bei der Bewältigung des wirtschaftlichen Wandels haben wir es geschafft, die traditionelle Fixierung auf montanindustrielle Strukturen der Vergangenheit zu überwinden und stattdessen Kurs zu nehmen auf die Wachstumsmärkte der Zukunft. Und genau so müssen wir es bei der kulturellen und sozialen Modernisierung unseres Landes machen: Neben der Pflege und Förderung gewachsener kultureller Identität müssen wir dafür sorgen, dass auch in unserem Land kulturelle Innovationen, spektakuläre Events und die Auseinandersetzung mit den neuesten künstlerischen Trends und Entwicklungen stattfinden.
- Von zentraler Bedeutung ist dabei die kulturelle und soziale Standortqualität unserer Landeshauptstadt. Die Stadt und der Großraum Saarbrücken müssen ihrer Vorbild- und Leitfunktion als Oberzentrum gerecht werden. Als Aufsteigerland brauchen wir eine Landeshauptstadt, die den Wettbewerb mit anderen Regionen unseres Landes, mit den benachbarten Oberzentren im SaarLorLux-Raum und erst recht im Wettbewerb mit anderen vergleichbaren Großstädten bestehen kann. Mit der Realisierung des Euro-Bahnhofs und dem TGV-Anschluss ergeben sich völlig neue Dimensionen für die Standort- und Lebensqualität in unserem Land, die nun genutzt werden müssen.

3. Unser Handlungsprogramm für das Saarland

Im kommenden Jahr jährt sich zum 50. Male die Eingliederung des Saarlandes als eigenständiges Bundesland in die föderale Struktur der Bundesrepublik Deutschland. Diese Zäsur werden wir dazu nutzen, eine neue Epoche der saarländischen Geschichte einzuläuten. Es geht darum, den Ruf und das Image wie letztlich auch das Selbstverständnis unseres Landes als strukturell benachteiligtes Bundesland gänzlich abzustreifen. Wir werden das kulturelle und gesellschaftliche Potenzial in unserem Land

heben, um unser Profil als eine dynamische und sympathische Region mit hoher Lebensqualität zu schärfen. Die Stimmungswende, die seit einigen Jahren auf wirtschaftlichem Gebiet stattfindet, soll mit spektakulären Ideen und innovativen Konzepten auf das gesamte gesellschaftliche Leben übertragen werden. Deshalb werden wir neue Herausforderungen angehen

- Realisierung eines neuen Event- und Erlebnispark Saar
Wir wollen dafür sorgen, dass in der Landeshauptstadt Saarbrücken als Ersatz für die jahrzehntelang bewährte Saarland-Halle ein den modernsten technischen und logistischen Anforderungen entsprechende Multifunktionshalle für herausragende Kultur- und Sport-Events entsteht. Wir fordern die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die für dieses Projekt eine entsprechende Bau- und Finanzierungsplanung erarbeitet und dafür so schnell wie möglich eine Standortpräferenz entwickelt. Nach unserer Überzeugung ist die Realisierung dieses Projekts nur unter Beteiligung privater Investoren im Rahmen eines Public-private-Partnerschafts-Modells möglich. Diese Erlebniscenter muss ein attraktives und reichhaltiges Angebot an weiteren Freizeit- und Erlebnismöglichkeiten beinhalten, damit es als touristisch-kulturelle Leitinvestition zusätzliche wirtschaftliche Dynamik in der Landeshauptstadt freisetzen kann. Wir wollen mit dieser Halle ein neues Wahrzeichen für Saarbrücken und das Saarland schaffen und einen städtebaulichen Akzent setzen, um damit eine Motivation für private Mäzene und Sponsoren zu schaffen; deshalb muss – parallel zur Projektplanung – zügig mit der Erarbeitung eines Betriebskonzeptes sowie eines Veranstaltungsangebotes begonnen werden, damit gleich zum Start der Halle ein attraktives Event-Programm zur Verfügung steht.
- Museumslandschaft/Vierter Pavillon
Besondere Bedeutung für die kulturelle Identität des Landes hat die von der Landesregierung bereits eingeleitete Neuordnung der Museumslandschaft. Wir begrüßen daher die Überwindung der bisherigen Zersplitterung unserer ortsansässigen Museen durch die Schaffung zweier Schwerpunkte: dem Museum der modernen und aktuellen Gegenwartskunst auf der rechten Saarseite und der historischen Museumszeile am Saarbrücker Schlossplatz auf der linken Saarseite. Was die historische Museumszeile am Schlossplatz anbelangt, sind mit dem Umbau der Schlosskirche zu einem Museum, dem Erwerb des Kreisständehauses und dem Beginn der Tiefbauarbeiten bereits wichtige Schritte eingeleitet worden, die mit einer Glasbau-Überdachung als Verbindungselement eine enorme Attraktivität gewinnen wird. Auf der gegenüberliegenden Saarseite sollte darüber hinaus die Präsentation der klassischen Moderne und der Gegenwartskunst durch einen Museumsneubau eine deutliche Aufwertung erfahren. Städtebaulich wäre dies für die Landeshauptstadt ein wichtiger Akzent; denn zwischen dem dominanten Bau des Staatstheaters und der Modernen Galerie „fehlt einfach eine weitere Höhe“ im Weichbild des Saarufers, die durch den Neubau des „Vierten Pavillons“ ausgeglichen werden könnte.
- Masterplan „Spitzensportförderung“
Das Saarland hat in den letzten Jahren – sowohl auf der Ebene des Spitzen- wie des Breitensports – bundesweit Akzente gesetzt; dazu gehören sportliche Höhepunkte wie die inzwischen etablierte Ralley-WM ebenso wie eine exzellente Infrastruktur am Saarbrücker Olympia-Stützpunkt, die Ausweisung einer Eliteschule des Sports am Saarbrücker Rotenbühl-Gymnasium oder auch Modellprojekte wie die „Wir-im-Verein-mit-Dir-Kampagne“. Dies zeigt, was an Leistungen und Innovationen auf diesem Gebiet im Saarland möglich ist und deshalb werden wir diesen Weg der Förderung von Spitzen- und Breitensport fortsetzen. Breiten- und Spitzensport bedingen sich gegenseitig. Nur auf der Grundlage von Breitensport können Talente gesichtet, gefördert und an den Spitzensport herangeführt werden; Spitzensport

wiederum hat Vorbild- und Anreizfunktion; er zieht in hohem Maße Zuschauer an und ist Garant für attraktive Sportevents und damit auch wichtig als Standortfaktor. Die saarländische Landesregierung sollte im Rahmen ihrer Fördermöglichkeiten – d.h. über den bereits vor sechs Jahren eingeführten „Förderausschuss Spitzensport“ – dafür sorgen, die strategischen Weichen dafür zu stellen, dass der Saarsport in möglichst vielen

Einzel- und in Mannschaftssportarten an nationales Spitzenniveau herangeführt wird. Voraussetzung hierfür sind allerdings weitere Investitionen in die Hallen- und Stadionstruktur sowie eine konzertierte Strategie bei der Einwerbung der dafür notwendigen Sponsoring- und Werbegelder.

- **Saaruni: Bestes Sportangebot in Deutschland**
Die Universität des Saarlandes verfügt über eine einmalige Nähe zur Landessportschule und dem Olympiastützpunkt Saar und damit über sehr gut ausgestattete Sportanlagen.
Die CDU Saar setzt sich dafür ein, dass das Universitätssportangebot an der Universität des Saarlandes und den weiteren saarländischen Hochschulen zum Besten in Deutschland ausgebaut wird und als Werbeträger der Universität fungiert. Jedem Studenten soll unabhängig von seinem Studienfach die Möglichkeit geboten werden, dieses Sportprogramm zu nutzen.
- **Innenstadtentwicklung von Saarbrücken**
Für das gute Image des Saarlandes ist die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Attraktivität der Landeshauptstadt von großer Bedeutung. Wir als CDU Saar wollen dafür sorgen, dass Saarbrücken im gesamten Land wieder als ein vorbildliches Beispiel für Modernität und dynamische Stadtentwicklung wahrgenommen wird. Seit über einem Jahrzehnt gibt es jedoch einen Prozess der Auszehrung und des Verlustes an urbaner Vitalität; diesen Prozess wollen und müssen wir umkehren, um die Landeshauptstadt als kulturelles und auch kommerzielles Zentrum und somit als Visitenkarte des Landes zukunftsfähig zu machen. Wir begrüßen daher städtebauliche Konzepte wie das Projekt „Stadtmitte am Fluss“; die dadurch erwünschte Verbesserung von Lebensqualität und Attraktivität von Saarbrücken wird jedoch nur eintreten, wenn dieses Projekt integriert wird in ein umfassendes und ganzheitliches Konzept der Innenstadtentwicklung. Nur mit weiteren Maßnahmen (zur Gewährleistung von Sicherheit und Sauberkeit, eines attraktiven Shopping-Angebotes, einer qualitativ hochwertigen Immobilienversorgung, eines vielfältigen Freizeit- und Kulturangebotes etc.) wir es uns gelingen, Saarbrücken zu der Strahlkraft als Wirtschaftsstandort ebenso wie als soziales und kulturelles Oberzentrum des Saarlandes zu verhelfen, die es für die Zukunft braucht.
- **Flächendeckende Einführung von DVB-T**
Medienunternehmen und Mediennutzer entdecken zunehmend die Chancen der Diversifizierung der neuen, insbesondere digitalen Verbreitungswege für Rundfunk-, Fernseh- und Unterhaltungsangebote. Die neuen inhaltlichen Angebotsformen und die neuen Verbreitungstechnologien verheißen neue Märkte und Wertschöpfungsmöglichkeiten. Wir werden das Saarland bis zum Jahre 2010 zu einem innovativen Wirtschafts- und Medienstandort mit den modernsten Telekommunikationsstrukturen machen. Zwar verfügen heute schon Haushalte im Großraum Saarbrücken über digitales Kabelfernsehen sowie über schnelle digitale Internetversorgung und billige Telefonie über das TV-Kabel; wir fordern jedoch die Landesregierung auf, spätestens bis zum Jahre 2009 das Saarland als erstes Bundesland flächendeckend mit digitalisierten TV-Übertragungstechniken im ganzen Land zu versorgen.
- **Unterstützung einer touristischen Leitinvestition im nördlichen Saarland**

Im nördlichen Saarland haben der Landkreis St. Wendel und die Gemeinde Nohfelden – unterstützt durch die LEG Saar – die planungs- und baurechtlichen Voraussetzungen für ein touristisches Großprojekt geschaffen; derzeit ist die Landesentwicklungsgesellschaft dabei, dafür die nötigen Investoren und Betreiber zu ermitteln. Die Realisierung dieses Projektes wäre für das Saarland mit erheblichen Nachfrage- und beschäftigungspolitischen Effekten verbunden. Wir fordern daher die Landesregierung auf, für diese touristische Leitinvestition im nördlichen Saarland die notwendige Ausstattung an Mitteln der Wirtschaftsförderung sowie zur infrastrukturellen Erschließung des Areals bereitzustellen. Denn ein solches Projekt wäre – über die tourismuswirtschaftlichen Effekte hinaus – eine erhebliche Aufwertung der Lebens- und Standortqualität unserer Region.

- **Dorfkernentwicklung und Förderung lokaler Unterzentren im LEP Siedlung**
Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels wird der neue Landesentwicklungsplan Siedlung der Landesregierung dazu beitragen, Lebensqualität und bauliche Situation in den Innerortslagen zu verbessern sowie Bauländerweiterungen auf den tatsächlichen, konkreten Bedarf zu konzentrieren. Wir brauchen eine demographietaugliche Flächennutzungsplanung; dies erfordert, die Ausweisung neuer Bauland- und Gewerbegebiete grundsätzlich an die Berücksichtigung innerörtlicher Baulücken zu knüpfen. Die CDU Saar begrüßt daher, dass das Land nach dem neuen LEP Siedlung nicht mehr jedem Ortsteil die Zahl seiner Bauplätze vorschreibt, sondern die Gemeinden selber bestimmen können, wo – orientiert an der Richtzahl – Bauplätze erschlossen werden können. Bei der Anrechnung von Baulücken muss nach Auffassung der CDU Saar jedoch berücksichtigt werden, dass diese sich vielfach in Privateigentum befinden und sich dadurch keine automatische Sperr-Quote bei der Ausweisung neuer Wohnbauflächen in einem Ortsteil ergeben darf; darüber hinaus sollte auch der Umstand eines nahe gelegenen Autobahnanschlusses als für die Berechnung von Bauflächen relevanter Standortfaktor anerkannt werden.